

Der Kongress der Gemeinden und Regionen



23. TAGUNG

Straßburg, 16.-18. Oktober 2012

Die gegenwärtigen Veränderungen in den arabischen Staaten - Chancen für die kommunale und regionale Demokratie

Entschließung 342 (2012)¹

1. Die Veränderungen in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, insbesondere Tunesien und Marokko, die sich aus dem Arabischen Frühling ergeben, eröffnen großartige Aussichten für eine demokratische Entwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene. Die Behörden und Gesellschaften in diesen Staaten erleben eine historische Chance, die sie ergreifen sollten, und der Kongress der Gemeinden und Regionen muss zu diesem Prozess im Kontext der Politik des Europarats im Hinblick auf seine Nachbarregionen beitragen.

2. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, im Hinblick auf Tunesien:

a. begrüßt den demokratischen Wandel, insbesondere die freien Wahlen vom Oktober 2011 zur Bildung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die den Auftrag hat, eine neue Verfassung zu entwerfen und eine Übergangsregierung einzusetzen, weist aber auf die Entlassung der Bürgermeister, die Auflösung der Stadträte und die Übertragung der Zuständigkeit für die kommunale Verwaltung auf „Sonderkommissionen“ hin;

b. hofft, dass die neue Verfassung demokratische Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung enthalten wird und dass die Kommunalwahlen, die für 2013 vorgesehen sind, gemäß den Grundsätzen der kommunalen Demokratie durchgeführt werden und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung und -mitwirkung zeitigen wird;

c. begrüßt die Verpflichtung der Behörden, nicht mehr länger die Küstenregionen gegenüber dem Landesinneren den Vorzug zu geben, indem sie die traditionelle Beteiligung an der Regierung auf 70%/30% ändert. Der Kongress hofft, dass dieser Prozess Hand in Hand geht mit einer Stärkung der kommunalen Stellen, deren Befugnissen und deren finanzieller Autonomie, um auf diesem Wege eine integrierte Entwicklung zu gewährleisten.

3. Im Hinblick auf Marokko begrüßt der Kongress der Gemeinden und Regionen ebenfalls den von König Mohammed VI. im Januar 2010 begonnenen und im „Reformpaket“ formulierten Reformprozess, einschließlich des Berichts über eine moderne Regionalisierung, nach den Protesten im März 2011. Er begrüßt die Überarbeitung der Verfassung und den Entwurf des Organgesetzes, das die Grundlage für einen Umbau der kommunalen und regionalen Verwaltung bilden soll. Der Kongress hofft, dass dies auf der Grundlage der demokratischen Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung und der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips erfolgt, und dass die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen gemäß den Grundsätzen der kommunalen und regionalen Demokratie durchgeführt werden und eine umfassende Bürgerbeteiligung und -mitwirkung zeitigen werden.

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 16. Oktober 2012, 1. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)6](#), Begründungstext), Berichterstatterin: A. Koopmanshap, Niederlande (L, SOZ).



4. Generell ist der Kongress der Überzeugung, dass die größten Herausforderungen in Bezug auf die kommunale und regionale Demokratie in Tunesien und Marokko die folgenden Punkte sind:

a. die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens auf der Grundlage demokratischer Grundsätze, Normen und Standards;

b. die Abschaffung der Praxis der Aufsicht der kommunalen und regionalen Stellen und eine Ausweitung ihrer Befugnisse und ihrer finanziellen Autonomie, zusammen mit der Übertragung von Mitteln, die diesen Befugnissen entsprechen;

c. die Ausbildung kommunal und regional gewählter Amtsträger und ihrer Mitarbeiter;

d. der Austausch von Erfahrungen im Hinblick auf Verwaltungspraktiken bei der Verwaltung der kommunalen und regionalen Stellen und eine gute Regierungsführung;

e. die Verabschiedung von Maßnahmen, um die Partizipation der Bürger, insbesondere von Frauen und jungen Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene zu erhöhen.

5. Der Kongress begrüßt das Erstellen einer Prioritätenliste 2012-14 für Marokko und Tunesien seitens des Europarats im Rahmen seiner Nachbarschaftskooperation, die von der Europäischen Union unterstützt werden wird. Er ist erfreut, in diese Prioritätenmaßnahmen eingebunden zu werden und verpflichtet sich, seinen Teil der Kooperation mit den Staaten des südlichen Mittelmeerraums vollständig zu erfüllen.

6. Im Kontext der Politik des Europarates über Nachbarregionen ruft der Kongress daher seine eigenen Gremien auf:

a. zu erwägen, wie eine dezentralisierte Zusammenarbeit zur Unterstützung der Dezentralisierungspolitik und zur Stärkung der kommunalen und regionalen Regierungsführung eingesetzt werden kann, um eine effektive Servicebereitstellung zu gewährleisten;

b. eine Zusammenarbeit mit den für die Gemeinden und Regionen zuständigen Ministerien und anderen zuständigen Regierungsstellen zu etablieren, um die demokratischen Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung in Verwaltungspraktiken umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Übertragung von Befugnissen und finanziellen Mitteln auf die kommunale und regionale Ebene, sowie die Partizipation der Bürger, insbesondere Frauen und junge Menschen; die Zusammenarbeit sollte auch mit Berufsverbänden erfolgen, die in den Bereichen Demokratieförderung, Bürgerschaft, kommunale Entwicklung, Jugend und Beschäftigung tätig sind;

c. seine Fachkenntnisse im Bereich Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen anzubieten, insbesondere für die anstehenden kommunale, provinzielle und regionale Wahlen in Marokko (2012) und die anstehenden Kommunalwahlen in Tunesien (wahrscheinlich 2013);

d. in Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission sein Fachwissen und seine Erfahrungen bei der Vorbereitung und Organisation von Wahlen anzubieten, um die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen in beiden Staaten zu den bestmöglichen Bedingungen durchzuführen;

e. die Gemeinden in den zwei Staaten einzuladen, an der Europäischen Woche der kommunalen Demokratie teilzunehmen, die vom Kongress koordiniert wird;

f. eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der Gemeinden und Regionen, insbesondere der Versammlung der Regionen Europas (AER), in diesem Bereich im Rahmen gemeinsamer Initiativen zu entwickeln, die speziell auf den Erfahrungsaustausch gewählter Vertreter abzielen;

g. eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der Gemeinden und Regionen in Marokko und Tunesien zu entwickeln und auszubauen, um die Bedürfnisse der Kommunen zu beurteilen und diese zu ermutigen, sich an der Arbeit des Kongresses zu beteiligen, insbesondere durch Anbieten eines Sonderstatus beim Kongress für eine Delegation von gewählten kommunalen und regionalen Vertretern aus jedem Land;

h. mit den relevanten Gremien zu kooperieren, um bei den kommunalen und regionalen Stellen, den Regierungen und nationalen Parlamenten das Wissen über bestehende Instrumente der kommunalen und regionalen Demokratie des Europarats zu erhöhen, vor allem die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung und das Zusatzprotokoll über die demokratische Partizipation, den Referenzrahmen für regionale Demokratie, den Verhaltenskodex für die politische Integrität lokal und regional gewählter Vertreter, die Charta über die Mitwirkung junger Menschen am Leben der Gemeinden und Regionen, die Charta zum Schutz von Regional- oder Minderheitensprachen und die Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung,² insbesondere durch das Abhalten Runder Tische und von Seminaren, etc.;

i. die Gründung und Fortführung von Partnerschaften und Kapazitätsausbauprogrammen durch europäische Städte und deren Verbände mit den tunesischen und marokkanischen Entsprechungen zu fördern, die sich auf die Stärkung der kommunalen und regionalen Verwaltungsstellen konzentrieren, um die Servicebereitstellung für die Bürger zu verbessern und diese effektiver zu machen;

j. im Kontext dieser Maßnahmen die Demokratie- und Menschenrechtsbildung auf kommunaler und regionaler Ebene fördern und bei den kommunal und regional gewählten Vertretern und deren Mitarbeitern das Bewusstsein für die Bedeutung einer solchen Bildung zu erhöhen;

k. in Kooperation mit den Gemeinden und Regionen des südlichen Mittelmeerraums Maßnahmen in den oben aufgeführten Bereichen durch bestehende Kooperationsplattformen zu fördern, wie z. B. das Nord-Süd-Zentrum des Europarats, das europäisch-arabische Städteforum, das COPPEM und die Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) des EU-Ausschusses der Regionen, bei der der Kongress einen Beobachterstatus hat, sowie die United Cities and Local Governments (UCLG);

l. mit den kommunalen und regionalen Stellen der Grenzgebiete in Tunesien und Marokko seine Erfahrungen und Fachkenntnisse zu teilen, um diese Stellen bei der Nutzung der Vorteile dieser Zusammenarbeit zu unterstützen;

m. dem marokkanischen Parlament die Erfahrungen und das Fachwissen des Kongresses bei der abschließenden Bearbeitung des Gesetzentwurfs für eine weitere Regionalisierung vor dessen Verabschiedung anzubieten;

n. dem Ausschuss für lokale Verwaltung der tunesischen verfassunggebenden Nationalversammlung die Erfahrungen und das Fachwissen des Kongresses anzubieten, um sicherzustellen, dass die lokale Demokratie ordnungsgemäß in der neuen Verfassung festgelegt wird.

7. Der Kongress ruft seine Mitglieder auf, diese Ziele zu verfolgen.

8. Da die Gemeinden und Regionen in den europäischen Staaten über große Erfahrungen und eine Bandbreite an besten Praktiken in den Bereichen kommunale und regionale Verwaltung, Bürgerpartizipation und nachhaltige urbane Entwicklung verfügen, können sie ihren Partnern in Tunesien und Marokko technisches Know-how und institutionelle Unterstützung anbieten.

9. Zu diesem Zweck ruft der Kongress die europäischen Gemeinden und Regionen auf:

a. eine Zusammenarbeit mit ihren Gegenstücken in den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres zu etablieren, um die Bedürfnisse der letztgenannten zu bestimmen und ihr Know-how über demokratische Regierungsführung und die Verwaltung von Kommunen und Regionen anzubieten, insbesondere durch Partnerschaften und Studienbesuche und Trainingsprogramme;

b. die dezentralisierte Zusammenarbeit mit tunesischen und marokkanischen Gemeinden und Regionen über bestehende europäische und internationale Netzwerke von Gemeinden, wie oben erwähnt, auszubauen, die bereits Euro-Mittelmeer-Projekte gestartet haben und diesen Partnerschaften Anreize bieten.

² Empfehlung CM/Rec(2010)7 vom 11. Mai 2010.